



Willi Stadoll
Fraktionsvorsitzender

Thomas Salzmann
Bezirksvertreter

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln
Fon 0221/22197 – 303
02203 / 958825 (p)
0163 3796370
Fax 0221/22197- 304

Mail SPD-BV7@stadt-koeln.de
Die.salzmanss@koeln.de
www.porzspd.de
www.Stadoll.de

Pressemitteilung

Köln-Porz, 25.06.2009

Städtebauliche Idee des rot-grünen OB-Kandidaten Jürgen Roters findet breite Unterstützung in Porzer Bezirksvertretung - CDU fiel um -

Mit radikalen Thesen zur städtebaulichen Entwicklung von Wohngroßzentren wie Chorweiler und Finkenbergr hatte der rot-grüne Oberbürgermeisterkandidat und ehemalige Polizei- und Regierungspräsident Jürgen Roters die politische Landschaft aufhorchen lassen. Um den Bewohnern dieser problembelasteten Mammutsiedlungen endlich durchschlagend zu helfen, hatte er den Abriss und Rückbau ganzer Hochhäuser vorgeschlagen: „Diese massive Bebauung hat zu ebenso massiven sozialen Problemen geführt“, sagt Roters. „Wohnungen stehen leer, ganze Häuser unter Zwangsverwaltung. Es herrscht Verwahrlosung, weil jahrzehntelang kein Cent investiert worden ist.“

Die Kölner CDU polemisierte noch im April heftig gegen diese Ideen. Von „Aprilscherz“ (stv. Fraktionsvorsitzender Karl Klipper) und „unausgegorenen Vorschlägen“ (CDU-Parteichef Hollstein) war die Rede.

Interessant, dass nun die CDU in der Bezirksvertretung Porz die Ideen des rot-grünen Spitzenkandidaten Roters in ihren Antrag übernahm und für Finkenbergr für den Abriss von Hochhäusern vorschlug.

Wie SPD-Bezirksvertreter Thomas Salzmann mitteilt, einigten sich SPD und CDU in der Bezirksvertretung schließlich auf einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema und beauftragten mit breiter Unterstützung der anderen Parteien die Verwaltung, ein städtebauliches Entwicklungskonzept für Porz-Finkenbergr zu erarbeiten, dass genau die Ideen Roters berücksichtigen soll. In der Diskussion betonte der SPD-Bezirksvertreter Thomas Salzmann, dass man die Bürgerinnen und Bürger nicht mit Worten wie „Abriss

ihrer Wohnungen“ verschrecken wolle, sondern dass es um einen geordneten Rückbau vor allem der unter Zwangsverwaltung stehenden Gebäude gehe. Abrisse ganzer Wohnblocks könnten ebenfalls eine Perspektive sein, aber nur bei gleichzeitiger Bereitstellung adäquater und für die Bürger finanzierbarer Wohnungsalternativen.

„In diesen Prozess sollten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften involviert sein und es erweist sich ein weiteres Mal als Segen, dass es der SPD und ihren Partnern gelungen ist, den von CDU und FDP gewollten Verkauf der GAG zu verhindern“, so Salzmann.

SPD-Ratsfrau Monika Möller fordert weitere Landesmittel zur Sanierung und baulichen Umgestaltung Finkenbergs. „Wenn es der CDU ernst ist mit einer wohnungspolitischen Offensive, dann sollte sie nicht nur in Worten die Ideen unseres Oberbürgermeisterkandidaten übernehmen, sondern auch Taten folgen lassen, indem die Mittel für sozialen Wohnungsbau bereit gestellt werden.“